

Wahlkämpfe, Milieukultur und politische Mobilisierung im Deutschen Kaiserreich

Siegfried Weichlein

I. »Stimmvieh« und Milieukultur: Die Wahlentscheidung zwischen Selbst- und Fremdbestimmung

Schon unter den Zeitgenossen wurde unter dem Schlagwort vom »Stimmvieh« ein Zusammenhang zwischen Wahlkämpfen, Wahlsystem und Sozialmilieu im Deutschen Kaiserreich hergestellt. Der mit solchen und ähnlichen Formulierungen immer wieder geäußerte Verdacht letztlich unfreier und nicht geheimer Wahlen konnte zu seiner Begründung auf die rechtliche Verankerung allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahlen seit 1867 hinweisen. Er bezog sich damit auf einen für europäische Verhältnisse frühzeitigen Demokratisierungsschub, der mit einem Schlag alle über 25jährigen Männer in ihrer politischen Stimmabgabe egalisierte, indem er die politische Partizipation nicht mehr an Besitz- und Bildungskriterien band. Die Rede vom »Stimmvieh« denunzierte die nur eingeschränkt freie Selbstbestimmung der Wählerschaft über ihre Wahlpräferenz im Kaiserreich und der Weimarer Republik. In polemisch-aufklärerischer Absicht gebraucht blieb diese Parole doch zumeist folgenlos. Bezeichnenderweise wurde der Vorwurf der Wahlbeeinflussung weniger als Angriff auf die geltende Wahlpraxis, sondern vielmehr als eine eigene und neue Weltanschauung verstanden und daher als konkurrierende politische Größe statt als wahlkultureller Ordnungsruf an alle Gesinnungsgruppen wahrgenommen.

Der Zusammenhang von weltanschaulicher Wahlbeeinflussung und sozialer Kontrolle der Stimmabgabe darf als gesichert gelten. Dabei muß unterschieden werden zwischen einer Wahlbeeinflussung »von oben« durch staatliche Behörden und der Beeinflussung durch die Parteien und weltanschaulichen Gruppen selbst, also quasi »von unten«. Unterstützten etwa

die königlich-preußischen Landräte vor Ort regierungsnahen Kandidaten mit allen ihnen zu Gebote stehenden administrativen Mitteln¹, so äußerte sich die Wahlbeeinflussung »von unten« in einer Vielzahl von Mechanismen sozialer Kontrolle und politischer Indoktrination. 1909 etwa meinte ein Moselwinzer über die gängige Praxis der Stimmabgabe unter den Katholiken im Trierer Land: »In den katholischen Moselorten kennt man es längst nicht anders, als daß der Herr, wie man den Geistlichen im Ort nennt, die Politik macht.«² Diese politische Kompetenz führte soweit, daß die Geistlichen nicht nur die Stimmabgabe beeinflussten, sondern auch politisch Andersdenkende zur Rede stellten. Kriterium für politische Stimmabgabe war die Katholizität einer Partei. Nur eine katholische Partei mit katholischen Kandidaten konnte somit von Katholiken gewählt werden. Dem katholischen Wähler wurde damit ein verbindlicher Maßstab für seine Stimmabgabe von Außen zugemutet. Die Wahlentscheidung sollte entgegen den Bestimmungen zur freien Stimmabgabe von der individuellen Ebene abgezogen werden und mit der Gruppenzugehörigkeit, d. h. im Falle der Katholiken der Kirchengemeinschaft verknüpft werden.

Nicht nur das Kriterium für die Stimmabgabe, sondern auch seine Überprüfung wurde von der individuellen Ebene getrennt. Nicht der einzelne Katholik hatte zu entscheiden, welche Partei katholisch sei. Diese Kompetenz zur Definition und Überprüfung von Katholizität fiel ausschließlich dem Klerus zu. Wahlkulturell bedeutsam war der elitensoziologische Hintergrund dieser Wahlbeeinflussung. Der Klerus konnte aufgrund der vorangegangenen Ultramontanisierung des Katholizismus als autonome Elite nicht von den Pfarrangehörigen, der Basis, diszipliniert werden. Die Charismatisierung des katholischen Klerus wirkte sich somit nachhaltig auf die Wahlkultur aus, indem sie die Autonomie der klerikalen Eliten zusammen mit der Einwegkommunikation zwischen Klerus und Pfarrangehörigen stabilisierte. Die Definitionsmacht in den Händen einer autonomen, weil charismatisch legitimierten Elite gewährleistete die anhaltende Mobilisierung der katholischen Bevölkerung bei den Wahlen. Der katholische Klerus nutzte diese Situation

1 Vgl. hierzu Kühne, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt. Düsseldorf 1994, S. 69-75.

2 Bodewig, Hartmann: Geistliche Wahlbeeinflussungen in ihrer Theorie und Praxis dargestellt. München 1909, S. 143f., zit. in: Blaschke, Olaf: Die Kolonialisierung der Laienwelt. Der Priester als Milieumanager und die Kanäle klerikaler Kuratel. In: Religion im Kaiserreich. Milieus, Mentalitäten, Krisen. Hrsg. v. dems. u. Frank-Michael Kuhlemann. Gütersloh 1995. Vgl. ebenso: Graf, Wilhelm: Kirchliche Beeinflussungsversuche zu politischen Wahlen und Abstimmungen als Symptome für die Einstellung der katholischen Kirche zur Politik. Phil. Diss. Mainz 1972.

verzerrter asymmetrischer Kommunikation im Vorfeld politischer Wahlen weidlich aus.³ In den Worten des Moselwinzers: »Ist man anderer politischer Meinung als diese, so ist man kein katholischer Mann mehr. Der sehr beliebte und besonders betonte Ausdruck »katholischer Mann« kommt eben nur dem Zentrumsmann zu. Bei der letzten Reichstagswahl rief mir sogar ein Kirchenvorstandsmitglied und eifriger Zentrumsmann über den Wirtstisch zu: »Ja, du hast auch schon keinen Glauben mehr!« ... Bei diesen Leuten gilt eben die Zugehörigkeit zum Zentrum als Glaubenssache.«⁴

Die Definitionsmacht der katholischen Geistlichen bediente sich der katholischen Presse, im Trierer Land der sogenannten »Dasbachpresse« des Preßkaplans Georg Friedrich Dasbach, d. h. der »Katholischen Volkszeitung«, später der »Trierischen Landeszeitung«, »in der der Gedanke, daß Zugehörigkeit zum Zentrum und katholischer Glaube dasselbe sei, immer wach gehalten«⁵ wurde. Neben der sozialen Kontrolle und Definitionsmacht beeinträchtigten wahlpraktische Bedingungen die freie Stimmabgabe: »Am Wahltisch sitzt der Ortsgeistliche oder der Kirchenrechner als Schriftführer und die aufgestellten Wahlmänner sind entweder die Geistlichen oder die Kirchenschöffen.«⁶ Den so gebildeten Kreislauf aus Konfession, Alltagskultur und politischem Verhalten zu durchbrechen erforderte ein kaum mehr zumutbares Maß an Selbstbestimmung, das zudem ständig mit soziokultureller Ausgrenzung sanktioniert werden konnte.

Die individuell geheime Stimmabgabe wurde bis in die Weimarer Republik hinein häufig durch wahlrechtliche Bedingungen stark eingeschränkt. Zwar sollten die allgemeinen Reichstagswahlen geheim stattfinden, diese Bestimmung wurde jedoch meist durchlöchert durch die Praxis der Stimmzettel, die von den einzelnen Parteien vor der Wahl und außerhalb des Wahllokals verteilt wurden. Bis zum Wahltag waren die Parteien bemüht, ihre Klientel mit Stimmzetteln zu versorgen, die dann im Wahllokal nur eingeworfen werden mußten. Diese Praxis wie auch die Zusammensetzung der Wahlvorstände öffneten der sozialen Kontrolle des Stimmverhaltens Tür und Tor. Wer eine andere als die vor Ort dominierende Richtung wählen wollte, mußte dies spätestens vor dem Wahllokal zu erkennen geben, wenn er einen – oder mehrere – abweichende Stimmzettel entgegennahm. Im Wahllokal selbst hatte er sich nicht mehr in einer Wahlkabine zwischen mehreren Parteien zu ent-

3 Vgl. Blaschke: Kolonialisierung.

4 Ebd., S. 1.

5 Ebd.

6 Ebd.

scheiden, sondern nurmehr seinen Stimmzettel einzuwerfen.⁷ Erst im Frühjahr 1924 wurde diese Praxis geändert. Ab den Maiwahlen 1924 wurden Wahlzettel mit allen Parteien, unter denen die Partei der Wahl anzukreuzen war, im Wahllokal ausgegeben. Dieses Verfahren minderte den Druck von außen. Außerdem waren die Parteien nun nicht mehr auf eine flächendeckende Organisation angewiesen, die die Stimmzettel in den einzelnen Gemeinden zu verteilen hatte. Die Mobilisierung von Wählerreserven auf weltanschaulich fremdem Gebiet wurde durch diese Bestimmungen erleichtert.

Die Klagen über Wahlbeeinflussungen gingen vom einzelnen Wähler als politischer Zurechnungseinheit aus und versuchten seine Manipulation durch die oben geschilderten Mechanismen zu denunzieren. Indessen muß dieser wahlkulturell normative Gesichtspunkt selbst wieder historisiert werden, beherrschte er in der Geschichte der deutschen Wahlkultur doch erst in jüngster Zeit die Praxis. Ganz im Gegensatz zu den Beschwerden über klerikale Wahlbeeinflussungen war für die Wahlentscheidung über die längste Zeit nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes nicht die individuelle politische Entscheidung nach selbstgesetzten Maßstäben die Regel. Die Individualisierung der politischen Stimmabgabe stellt erst ein Phänomen der jüngsten Zeit dar. Dieses politisch selbstbestimmte und individuelle Wahlverhalten kann schwerlich zurückprojiziert und zum Normalfall politischer Wahlen etwa im Kaiserreich erhoben werden. Historisch war es eher die Ausnahme als die Regel. Dies heißt jedoch nicht, daß es dem historischen Wahlverhalten an Rationalität mangelte. Die historische Wahlforschung spricht den beschriebenen Wahlvorgängen im Kaiserreich ihre eigenartige Rationalität nicht ab etwa mit dem Argument, sie konfliktierten mit dem Grundsatz individueller politischer Selbstbestimmung.⁸ Normative Vorgaben des demokratischen Rechtsstaates können schwerlich, ohne ihren Normcharakter zu verlieren, historisch verifiziert werden. Ihre normative Kraft verdankt sich nicht historischer Praxis, sondern prinzipiellen Erwägungen zum Begriff des Staatsbürgers und seiner Rechte. Genauso wenig wie die Individualisierung der Lebenswelten und Lebensstile ein Charakteristikum der kaiserlichen Gesellschaft war, kann die individuell zurechenbare Stimmabgabe als Normalfall betrachtet werden.

7 In dieser Hinsicht erhielten »kleine technische Regelungen« wie die Standardisierung von Stimmzetteln bzw. die Bestimmungen zum Ablauf des Stimmvorganges, eine gesteigerte Bedeutung, die jedoch bisher weitgehend unerforscht blieb. Vgl. hierzu Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensysteme. Opladen 1986, S. 115.

8 Vgl. Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1992, S. 19.

Die innere Entscheidungsstruktur des individuellen Wahlverhaltens bezog vielmehr vorpolitische Faktoren konstitutiv mit ein. Die vom heutigen Verständnis einer politisch-individuellen Wahlentscheidung abweichende eigenartige Rationalität der kollektiven politischen Willensbildung verwies auf einen anders gearteten politischen Sozialisationsvorgang, der den Wert des politischen Individuums gering veranschlagte und seinen Bezugspunkt in überindividuellen und weltanschaulichen Identifikationen fand.

Eine derartige Historisierung der politischen Entscheidungslogik des Wählers erweiterte zum einen den Interessenbegriff. Zu den materiellen sozioökonomischen Interessen traten ideelle Interessen hinzu. Die Interessen der Wähler bleiben ohne diese übergreifende Dimension kollektiver ideeller Interessen und weltanschaulicher Bindungen verkürzt. Die Einsicht in das Phänomen des kollektiven Wahlverhaltens erweitert den Rationalitätsbegriff, der den Wahlentscheidungen zugrunde gelegt wird. »Hilfskonstruktionen wie »Manipulation« oder »Mobilisierung wider die eigenen Interessenlagen« werden damit sicher nicht überflüssig, doch ein behutsamer Umgang mit ihnen erscheint angezeigt. Für eine realitätsadäquate Wahlanalyse dürfte es sinnvoll sein, zunächst davon auszugehen, daß politische Ideologien, von pathologischen Grenzfällen abgesehen, zumindest teilweise durch Wirklichkeitserfahrungen abgestützt werden, und daß Wählerschaften auf Dauer gesehen nicht via Ideologie und Organisation gegen ihre Interessenlagen mobilisiert werden können.«⁹ Das kollektive Wahlverhalten gründete somit letztlich nicht in Manipulation, sondern in einem vergleichsweise konsistenten Haushalt von Erfahrungen und lebensweltlichen Praxen. Eine erfolgreiche Agitation mußte bei diesen lebensweltlichen Dispositionen ansetzen, sofern sie von außen kam etwa bei ihrer voranschreitenden Differenzierung wie bei der sozialdemokratischen Werbung um die katholischen Arbeiter. Umgekehrt bildeten diese Faktoren den Haftpunkt – quasi das fundamentum in vita – für die daran anknüpfende Ideologisierung und Organisierung, die ideelle Interessen auf Dauer stellen sollten.

M. Rainer Lepsius' Konzept der Sozialmilieus oder sozialmoralischen Gesinnungsgemeinschaften versuchte diesen Zusammenhang begrifflich zu fassen.¹⁰ Er ging zur Erklärung der eigenartigen deutschen Demokratisie-

9 Vgl. Karl Rohe: Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten. In: HZ 234, 1982, S. 337-357, hier: S. 353.

10 Zu den alternativen Konzeptionen der »politischen Lager« vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, S. 21ff. und der »Subgesellschaft« Altermatt, Urs: Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der »Katholischen Subgesellschaft« am Beispiel des Schweizer Katholizismus. In: Zur Soziologie des Katholizismus. Hrsg. v. Karl Gabriel u. Franz-Xaver Kaufmann. Mainz 1980, S. 145-165. Die Diskussion dieser Konzepte in Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in Weimar. Hessische Kreise im Vergleich. Phil. Diss. Freiburg i.Br. 1992, S. 5ff.

runge schwäche vor 1933 nicht nur auf überindividuelle, sondern auch auf vorpolitische Faktoren der Willensbildung zurück.¹¹ Lepsius bediente sich der Cleavage-Theorie von Stein Rokkan, der die auffallende Konstanz der europäischen Parteiensysteme auf in allen Gesellschaften ähnlich gelagerte Grundkonflikte zurückführte. Die von Lepsius erhobenen vier Sozialmilieus der Katholiken, Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen verstetigten die vier von Rokkan erhobenen kulturellen und sozialen Hauptspannungslinien der Reichsgründungszeit, die wiederum von den beiden Großkonflikten der Nationsbildung und der Industrialisierung herrührten. Die tendenziell homogenisierende und standardisierende Nationsbildung dramatisierte v.a. die territorialen und kulturellen Spannungslinien: so etwa den Gegensatz zwischen nationalem Zentrum und regionaler Peripherie, denjenigen zwischen Staat und Kirche oder zwischen nationaler Mehrheits- und fremdsprachiger Minderheitskultur. Durch den zweiten Säkularkonflikt, die Industrialisierung, gewannen der Stadt-Land-Gegensatz und der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital an Dramatik.¹²

Die Ausweitung der politischen Partizipation mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes 1867 politisierte diese Konfliktlinien. In der Reichsgründungszeit entstand ein viergliedriges Parteiensystem, das im wesentlichen bis 1928 konstant blieb und erst durch die »absolutistische Integrationspartei« NSDAP aus den Angeln gehoben wurde.¹³ Dieser Erklärungsansatz zielte nicht nur auf eine Willensbildungsebene oberhalb des Individuums, sondern auch auf eine jenseits – gewissermaßen unterhalb – der demokratisch-parlamentarischen Ebene, da als maßgebliche politische Entscheidungsträger und Meinungsbildner nicht die parlamentarische Versammlung der Volksvertreter, sondern einerseits – sozusagen oberhalb – die mit Prärogativen versehene Krone und andererseits – quasi unterhalb – die Parteien im Vorhof der Macht angesehen werden.

11 Vgl. Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. Jetzt in: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 25-50. Einen Überblick über die bisherige Diskussion des Milieubegriffes bieten: Mintzel, Alf: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch. Opladen 1984, sowie Kühne, Thomas: Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung. In: Afs 33, 1993, S. 481-547, 509ff. sowie Weichlein: Sozialmilieus, S. 1-20.

12 Vgl. Rokkan, Stein: Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen für ein hypothetisches Modell. In: KZSS 17, 1965, S. 675-702. Die Cleavage-Theorie wird entfaltet in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives. Hrsg. v. dens. New York 1967, S. 1-64.

13 Zur »absolutistischen Integrationspartei« NSDAP vgl. Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart 1965.

Die politischen Parteien werden hier verstanden als Aktionsausschüsse ihrer sozialmoralischen Klientelen, die bereits vor der Politik existierten. Politik und Parteien beziehen sich somit zurück auf die Gesinnungsgruppen. Das verschieden hohe Maß an »Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen« dient Lepsius gleichzeitig als Parameter zur Erklärung der jeweiligen politischen Ethik, d. h. ihres Verhältnisses zum parlamentarischen System. Diese ist bei einem hohen Maß an Koinzidenz zweckorientiert und auf die Selbsterhaltung innerhalb und auf Kosten des parlamentarischen Systems bezogen. Bei einem niedrigem Maß an Koinzidenz, d. h. wenn ihre Klientel mehrere dieser Dimensionen durchschneidet, ist die politische Ethik dieser sozialmoralischen Gruppe mittelorientiert und auf den Erhalt parlamentarischer Rahmenbedingungen und ihrer systemischen Vorgaben hin ausgerichtet.¹⁴

Der begriffliche Unterschied von Milieus und Sozialmilieus zielt – so wird Lepsius zu ergänzen sein – auf die soziale Koinzidenz, d. h. auf soziale Homo- bzw. Heterogenität. Im Falle schichtenheterogener Milieus, wie etwa beim Katholizismus, bietet es sich an, von Sozialmilieus zu sprechen im Unterschied etwa zu dem vergleichsweise schichtenhomogenen Arbeitermilieu. Katholizismus, Liberale und Konservative wären somit als Sozialmilieus zu bezeichnen, während die SPD den politischen Aktionsausschuß des Arbeitermilieus bildete.

Im Prinzip waren diese Einsichten nicht neu. Die historische Wahlforschung ging schon immer davon aus, daß individuelles Wahlverhalten stark geprägt wurde durch sozioökonomische oder – wie im Fall des Katholizismus – durch konfessionelle oder kulturelle Rahmenbedingungen. Der Vorteil des Sozialmilieubegriffes lag indessen darin, daß er die prinzipielle Enge der klasstheoretischen Analyse des Wahlverhaltens vermied und die Aufmerksamkeit auf die Mechanismen der Übersetzung von soziokulturellen Vorgaben in politisches Wahlverhalten lenkte.¹⁵ Das Neue gegenüber den älteren Erklärungsversuchen bestand in der soziokulturellen Überformung von sozioökonomischen, regionalen, konfessionellen und anderen Dispositionen. Lineare Erklärungsmuster entlang sozioökonomischer Determinismen waren in diesem Ansatz von vornherein überwunden. Das Wahlverhalten wurde zwar abgeleitet, aber nicht deterministisch funktionalisiert. Die organisierten

14 Lepsius: Parteiensystem, S. 38. Zum Zusammenhang zwischen Sozialmilieus und politischer Ethik vgl. Simon, Walter B.: Politische Ethik und politische Struktur. In: KZSS 11, 1959, S. 445-459.

15 Vgl. Lepsius: Parteiensystem, S. 38.

Milieukulturen wurden zum einen dynamisch verstanden. Zum anderen wurde der Stellenwert der Politik aus der Perspektive organisationszentrierter und vorpolitisch stabiler Gruppen heraus relativiert und eingebettet.

II. Historische Milieuforschung und politische Wahlen: Anwendungsprobleme eines Forschungskonzeptes

Erst in den 1980er Jahren fand dieser Ansatz breiten Eingang in die parteien- und wahlgeschichtliche Forschung. Dort verband er sich zumeist mit zwei anderen methodischen Ansätzen: zum einen mit der historischen Regionalforschung, zum anderen mit der Politischen Kultur-Forschung, wie sie zuerst in den USA von Gabriel A. Almond und Sydney Verba entwickelt worden war und dann über die Arbeiten v.a. von Karl Rohe auch in die deutsche Wissenschaftspraxis Eingang gefunden hatte.¹⁶ Besonders letztere regte die Sozialmilieuforschung an, indem sie den Wandel und die Konstanz politischer Einstellungsmuster mit der Genese und der Binnenkonstitution der sozialmoralischen Gesinnungsgruppen erklärte, die fortan zu Subjekten politischer Kultur wurden.¹⁷

Im folgenden wird auf Probleme und Perspektiven der Milieuforschung und ihrer wahlgeschichtlichen Einordnung eingegangen. Aus der bisherigen Erforschung der (Sozial-)Milieus ergaben sich drei weiterführende Fragekomplexe: Wie können Milieus exakt nachgewiesen werden, gab es reichsweite Milieus, d. h. wie sind Mikro-, Meso- und Makrostrukturen miteinander verbunden, und kann der Milieubegriff neben den Mustermilieus Katholizismus und Sozialdemokratie auch auf die bisher weniger erforschten Bereiche Liberalismus und Konservatismus angewandt werden?

Der Nachweis von Sozialmilieus

Zum methodischen Dreh- und Angelpunkt der Milieustudien bzw. der Verwendung des Milieubegriffes wurde der trennscharfe und exakte Nachweis

16 Vgl. Almond, Gabriel A./Verba, Sydney: *The Civic Culture. Political attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1966 (1963); *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Hrsg. v. Dirk Berg-Schlosser u. Jakob Schissler. Opladen 1987.

17 Zur Verbindung von politischer Kulturforschung und Sozialmilieus vgl. exemplarisch *Politische Identität und Nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*. Hrsg. v. Detlef Lehnert u. Klaus Megerle. Opladen 1989; *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*. Hrsg. v. dens. Opladen 1990.

von Milieus.¹⁸ Eine oft bevorzugte Form der methodischen Annäherung bestand im Versuch der umfänglichen Quantifizierung von Milieustrukturen. So beschrieb Hans-Jürgen Smula die Interdependenz des politisch-sozialen Milieus, des Parteiensystems und des Wahlverhaltens im Landkreis Lüdinghausen für die Weimarer Republik mit einem Datenkranz, der alle relevanten sozialstatistischen Größen umfaßte und Auskunft über die Kommunikations- und Interaktionsstrukturen geben sollte.¹⁹ Auch Stephan Rüping näherte sich den Sozialmilieus mit Hilfe ökologischer Aggregatdatenanalysen in einer Langzeituntersuchung an.²⁰

Derlei Quantifizierungen bieten zwar den Vorteil trennscharfer Identifikationen, indessen tritt hierdurch mehr ein sozialstrukturelles und politisch-soziales Gebilde in den Blick, weniger hingegen ein soziokulturelles, das in weitaus größerem Umfang qualitativer Quellen bedürfte. Das Bestreben nach Spezifität und Eindeutigkeit scheint zu weit getrieben zu sein, wenn an die Stelle soziokultureller Mobilisierungsmechanismen quantitative Mobilisierungserfolge treten. Die Kontinuitäten auf der Ebene politischer Daten und sozialer Strukturmerkmale können durchaus einhergehen mit »wesentlichen Veränderungen auf der Motivations- und Sinnebene, also nicht unerheblichen gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozessen.«²¹ Weniger die Milieukonstitution und ihre innere Dynamik als vielmehr die Symptomatik der Milieus wird durch Aggregatdatenanalysen erfragt. Quantitative Untersuchungen geben nur unzureichend Auskunft über den soziokulturellen Charakter der Sozialmilieus. Indem sie deren soziale, ökonomische und politische Symptomatik präzise herausarbeiten, vernachlässigen sie die symbolische Erneuerung und Pflege der Konfliktlinien wie auch die Rolle von Eliten in diesem Prozeß.

Auf der anderen Seite versuchten verschiedene Studien Milieus erzählend-deskriptiv zu identifizieren. Anders als in den hochgradig mit Regressionsanalysen angereicherten Studien von Smula und Rüping beschreibt etwa Cornelia Rauh-Kühne mit kulturell-empirischen Quellen gesättigt und qualitativ gehaltvoll die Mikromilieus in der badischen Kleinstadt Ettlingen.²² Der große Vorteil der Studie liegt in ihrer Anschaulichkeit und darin, daß

18 Vgl. Rohe: *Wahlanalyse*, S. 350.

19 Vgl. Smula, Hans-Jürgen: *Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919 bis 1933*. Münster 1987.

20 Vgl. Rüping, Stephan: *Parteiensystem und Sozialstruktur in zwei dominant katholischen und überwiegend ländlichen Regionen 1912-1972*. Münster 1990.

21 Rohe: *Wahlanalyse*, S. 351.

22 Rauh-Kühne, Cornelia: *Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918-1939*. Sigmaringen 1991.

hier in einer Langzeitperspektive, die weit über den im Titel angekündigten Zeitraum hinausgeht, mehrere Milieus (Katholiken, Sozialdemokraten und Liberale) vergleichend dargestellt werden.²³ Indessen wird dieser Ansatz erkauft durch ein zu allgemeines und eher unscharfes Milieuverständnis, das sich mit den Begrifflichkeiten von Mentalitäten und Lebenswelten überlappt.

Das Dilemma der Milieuforschungen besteht darin, entweder zu harte quantifizierende oder aber zu weiche qualitative Kriterien für die soziokulturellen Milieuformationen anzuwenden. Diese Schwierigkeiten der Milieudefinition finden sich gedrängt wieder in den Forschungen zum katholischen Milieu, wo sich auch die intensivste Forschungsdiskussion um den Milieubegriff findet.²⁴ So geht Wilfried Loth in seiner Milieudefinition von einer weitaus stärkeren Bedeutung sozioökonomischer Faktoren aus, als dies in der Konzeption von Lepsius der Fall war: »Unter Sozialmilieu soll hierbei eine soziale Einheit verstanden werden, die sich durch eine relativ gleichartige Form materieller Subsistenzbegründung und zugleich durch ein Bündel gemeinsamer Werthaltungen, kultureller Deutungsangebote, politischer Regeln, historischer Traditionen und lebenspraktischer Erfahrungen von anderen Einheiten unterscheidet.«²⁵

Diese von Lepsius stark abweichende Milieudefinition bietet den Vorteil der Binnendifferenzierung in der katholischen Teilgesellschaft und vermag die von Loth herausgearbeiteten Bruchlinien innerhalb des politischen Katholizismus – v.a. in der Reichstagsfraktion der Zentrumsparterie – zu erklären. Loth geht indessen so weit, aus der Analyse des politischen Prozesses heraus die Existenz mehrerer katholischer Submilieus (u. a. der Arbeiter, des ländlichen Populismus u. a.) zu behaupten. Ein überlokales katholisches Milieu vermag er dagegen nur als ständig prekäre und gefährdete Koalition dieser Submilieus zu identifizieren.²⁶ Was durch diese Methode indessen kaum erklärt wird, ist der politische Erfolg des Zentrums bei den Wahlen und damit die vor dem Hintergrund starker innerer Kämpfe erstaunliche Konstanz der Zentrumsparterie bei den allgemeinen Wahlen. Loths Kon-

zentration auf den politischen Prozeß und seine an materiellen Interessen orientierte Milieudefinition vermag wichtige Binnendifferenzierungen im politischen Aktionsausschuß Zentrumsparterie selbst vorzunehmen.²⁷ Vom methodischen Ansatz her richtet sich sein Forschungsinteresse auf Katholiken – vorzugsweise insofern sie in der Politik tätig sind –, weniger hingegen auf den Katholizismus, dessen Binnenkonstitution außer Acht bleibt. Methodisch gewendet bedeutet dies: Der Nachweis politischer Bruchlinien kann noch nicht als Milieuzerfall angesehen werden. Die Binnenlogiken des politischen Katholizismus und des katholischen Milieus können schwerlich miteinander identifiziert werden.

So gehen denn auch die Autoren des Münsteraner Arbeitskreises für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG) einen anderen Weg bei der Definition des Begriffes (Sozial-)Milieu.²⁸ Die Milieudefinition des AKKZG bemüht sich einerseits, möglichst praktikable und genaue Parameter zur Milieuverifizierung anzugeben. Dies geschieht anhand einer Vielzahl von Basisindikatoren wie Bevölkerungswachstum, Konfessionsanteil, Konzentrationsindex der Industrie, Anteil der Osterkommunionen u.v.a.m. Andererseits will sie dergleichen empirisch erhobene Datenreihen theoretisch möglichst hoch bewerten.

Das vorsichtige Autorenkollektiv verständigte sich auf die abstrakte Ebene der Modernisierungstheorie. »Die Formierung von Milieus ist ein Phänomen der modernen Gesellschaft. Ein Milieu ist als eine sozial abgrenzbare Personengruppe Träger kollektiver Sinnbedeutung und Wirklichkeit. Es prägt reale Verhaltensmuster aus, die sich an einem Werte- und Normenkomplex orientieren, hier als Milieustandard bezeichnet. Institutionen führen in den Milieustandard ein und stützen ihn.«²⁹ Der Milieubegriff wird hier in essentialistischer Weise mit Merkmalen versehen, die notgedrungen allgemein sind und in ihrer hohen Abstraktion offensichtlich Kompromißcharakter tragen. Milieus werden somit nicht nur aus ihrem ursprünglichen Begründungszusammenhang der Demokratieforschung herausgenommen, sondern ihnen wird auch ein Substanzcharakter verliehen. Sie sind zudem mit einer positiven moralischen Wertladung besetzt.

23 Vgl. Kühne: Wahlrecht, S. 510f.

24 Vgl. die Forschungsüberblicke bei: Anderson, Margret L.: Piety and Politics: Recent Work on German Catholicism. In: Journ.Mod.Hist. 63, 1991, S. 681-716; Liedhegener, Antonius: Der deutsche Katholizismus um die Jahrhundertwende (1890-1914). Ein Literaturbericht. In: JCSW 32, 1991, S. 361-392; Klöcker, Michael: Das katholische Milieu. Grundüberlegungen – in besonderer Hinsicht auf das Deutsche Kaiserreich von 1871. In: ZRGG 44, 1992, S. 241-262.

25 Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland. Düsseldorf 1984, S. 35. Vgl. ebd., Anm. 75.

26 Vgl. Loth, Wilfried: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreiches. In: GG 17, 1991, S. 279-310.

27 Daß die sozioökonomische Interessendifferenzierung mit der Durchsetzung der Marktgesellschaft das katholische Milieu nicht ausschließt, sondern neue Rahmenbedingungen und Integrationsanforderungen stellte, zeigt Liedhegener, Antonius: Marktgesellschaft und Milieu. Katholiken und katholische Regionen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches 1895-1914. In: HJb 112, 1993, S. 283-354.

28 Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG) Münster: Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe. In: WF 43, 1993, S. 588-654.

29 Arbeitskreis: Katholiken, S. 606.

Die Frage nach den für den Demokratisierungsprozeß der deutschen Gesellschaft verhängnisvollen Folgen wird folgerichtig nicht mehr gestellt. Die katholizismusemäßige Milieudefinition entzieht sich dem Vergleich mit der Arbeiterbewegung, den Liberalen und den Konservativen. Die durchaus legitime Erkenntnisabsicht zielt auf eine Substanzgeschichte des katholischen Milieus, vielleicht sogar auf eine Geschichte katholischer Identität in der sich modernisierenden Gesellschaft und nicht auf die Einordnung in den Katholizismus übergreifende historische Prozesse politischer und gesellschaftlicher Demokratisierung und Parlamentarisierung. Die definitionsgemäße methodische Anbindung an den Modernisierungsprozeß, auf den das katholische Sozialmilieu ständig bezogen bleibt, verschiebt gleichsam die Gewichte. Das katholische Milieu reagiert in dieser Definition nicht so sehr auf spezifisch deutsche Entwicklungen im Staat-Kirche-Verhältnis des 19. Jahrhunderts oder spezifisch deutsche Probleme der Nationsbildung. Es wird aus dem deutschen Kontext gelöst und als korrespondierendes Phänomen der Modernisierung zugeordnet, somit gleichsam auf eine methodisch höhere Ebene gehoben. Gleichzeitig stellt diese essentialistische Sicht des katholischen Milieus eine Gegenposition zu Loths politisch-funktionaler Verkürzung und Fraktionierung des Katholizismus dar. Verknüpft ließe sich sagen: Bilden die Katholiken in Loths Analyse der Politik den Gegenstand, so richtet sich der modernisierungstheoretische Ansatz des Münsteraner Arbeitskreises auf den Katholizismus. Indessen scheint gerade eine spezifische Verbindung von Katholiken und Katholizismus mit hohem Anteil regionaler und sozialer Faktoren das katholische Milieu zu charakterisieren.

Mit den unterschiedlichen Verifikationsstrategien von Milieus gehen verschiedene Erkenntnisinteressen einher. Die hauptsächlich quantifizierende Methode versucht den Zusammenhang von Wahlerfolgen, sozialstrukturellen Vorgaben, Organisationsgeschichte und lebensweltlichen Faktoren zu erhärten. Dabei gerät ihr das soziokulturelle Gebilde Milieu nur vermittelt in den Blick. Die vergleichsweise »weiche« qualifizierende Quellenarbeit beschreibt dagegen v.a. die kulturelle und die politische Dimension, ohne die gegenseitigen Übersetzungsleistungen von Sozialstruktur, Lebenswelt, Vereinskultur und politischen Wahlen exakt darlegen zu können. Zum exakten und trennscharfen Nachweis von Sozialmilieus erscheint es daher sinnvoll, mindestens drei Anforderungen an den Milieubegriff zu stellen, sollen Milieustudien nicht hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. Die Ergebnisse von Sozialmilieustudien können v.a. dann aufeinander bezogen werden, wenn sie ihren Gegenstand analysieren 1. hinsichtlich des Grades an lebensweltlicher Konsistenz, 2. des Umfangs organisatorischer Verdichtung und schließlich – hier maßgeblich – 3. in Bezug auf ihre politische Mobilisierungsfähigkeit.

Erst alle drei Kriterien garantieren die Spezifität von Milieustrukturen, die nicht reduziert werden kann auf den Wahlerfolg einer politischen Partei oder auf engmaschige Sozialräume und Lebenswelten. Entscheidend für den Nachweis von Milieustrukturen ist vielmehr die Verbindung dieser drei Ebenen miteinander, die Stabilisierungsmuster und die Vermittlungsinstanzen, mithin also nicht nur das »Milieumaterial«, sondern die »Milieumechanismen«.³⁰ Umgekehrt genügt nicht schon das Aufzeigen von hoher politischer Mobilisierungsfähigkeit als Nachweis von Milieustrukturen oder das Abweichen einer Sozialstrukturvariablen in einer hinreichend großen Gruppe vom Rest der Population, um Milieus zu verifizieren. Erst mehrdimensionale Anforderungen an den Nachweis von Milieus gewährleisten, daß nicht ein Kriterium verallgemeinert und damit ein bereits bekannter Umstand (Katholizität, Zentrumsneigung u.ä.) nur neu formuliert wird.

Die genannten drei Kriterien verweisen auf verschiedene methodische Zugänge. Milieuforschung, die sich als Teil der politischen Kulturforschung versteht, versucht die Deutungskulturen sozialmoralischer Vergemeinschaftungen zu erheben und zu analysieren. Ihr Interesse richtet sich zuvörderst auf »kulturelle Manifestationen, auf Lebensweise, Mentalität und Deutungskultur.«³¹ Diese können erhoben werden durch qualitativ und quantitativ nachweisbare Sozialmoralen und Ordnungsprinzipien. Im Bereich des Katholizismus wäre hier die kirchliche Bindung entlang der Osterkommunionsteilnahme oder die Feiertagskultur zu nennen. Gegenüber dieser Ebene sind die beiden anderen Milieukriterien »Organisationskultur« und »politische Wahlen« traditionelle Gegenstände der Vereinsgeschichte und Wahlforschung. Die Sinnspitze der Milieuthese ist es somit, die Einbettung des politischen Wahlverhaltens in vorpolitische Faktoren nachzuweisen. Die größte Bedeutung kommt dabei den Mechanismen zu, die diese drei Ebenen miteinander verknüpfen. Erst diese Wirkungsmuster, also z. B. die Phasen der Organisierung der eigenen Klientel, die soziale Integration vor dem Hintergrund regionaler Gemeinsamkeit oder die überregionale Integration vor dem Hintergrund sozialer Übereinstimmungen, geben die wirkungsvollen Milieumechanismen an.

Mikro-, Meso- und Makro: Gab es reichsweite Milieus?

Die methodischen Identifikationsprobleme setzen sich auf der inhaltlichen Ebene fort. Zu den genannten Schwierigkeiten des exakten Nachweises von

30 Vgl. Rohe: Wahlanalyse, S. 348, 351.

31 Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, S. 19.

Milieus treten solche der räumlichen Ausweitung von Milieus.³² In ihrem räumlichen Bezug bewegten sich die bisherigen Milieustudien hauptsächlich auf der Mikroebene und streiften gelegentlich die Mesoebene. Besonders Eike Hennig plädierte für die mikroanalytische Untersuchung von parochialen Milieustrukturen, die ihm besonders geeignet erschienen, die vergemeinschaftende Wirkung der »moralischen Ökonomie« zu untersuchen, also des Ineinandergreifens und die gegenseitige Durchdringung unterschiedlicher Sozialmoralen, etwa der ländlichen Arbeiterschaft und der bäuerlichen Bevölkerung.³³ Die Konstitution von überlokalen Sozialmilieus wurde durch dergleichen Mikrostudien methodisch ausgeklammert und in Frage gestellt. Schon in den frühen Forschungen von Herbert Kühr³⁴ zeichnete sich bereits die Konzentration auf kleinräumige Untersuchungseinheiten ab. Sie boten neben forschungspraktischen Vorteilen die Möglichkeit von intensiven Langzeituntersuchungen und Vergleichen sozialmoralischer Gesinnungsgemeinschaften vor Ort. Dieser Vorteil wurde indessen erkaufte durch einen hohen Grad an lokaler Spezifität des untersuchten Gegenstandes.³⁵ Der demokratiegeschichtliche Ausgangspunkt der Milieubegrifflichkeit setzte auf der nationalen Ebene und bei der Handlungs(un)fähigkeit des deutschen demokratischen politischen Systems der Weimarer Republik an. Diese Einbettung des theoretischen Konzeptes »Sozialmilieu« trat in den vorliegenden Mikrostudien indessen nur vermittelt zutage. Der Bezugsrahmen der Mikromilieus blieb das lokale Wahlverhalten. Der analytische Aufweis der Zusammenhänge von Sozialmilieus und Wahlverhalten auf der Mikroebene

32 Vgl. hierzu Falter, Jürgen W./Bömermann, Hartmut: Die Wählerpotentiale politischer Teilkulturen 1920-1933. In: Lehnert/Megerle: Politische Identität und Nationale Gedenktage, S. 281-305.

33 Vgl. Hennig, Eike: Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für »mikroanalytische Studien« zur Erforschung der NSDAP. In: PVS 21, 1980, S. 152-173; ders., Politischer Wandel und parochial-partizipative Politische Kulturformen – Bemerkungen zum mikro-makro-politischen Kontinuum des Landkreises Kassel in der Endphase der Weimarer Republik. In: Berg-Schlosser/Schissler (Hrsg.): Politische Kultur, S. 96-111; ders.: Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke. In: Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich. Hrsg. v. Heinrich Best. St. Katharinen 1989, S. 119-154.

34 Vgl. Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich. Hrsg. v. Herbert Kühr. Königstein/Ts. 1979; Parteien und regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Dieter Oberndörfer u. Karl Schmitt. Berlin 1991.

35 Vgl. etwa die Durchführungen dieses methodischen Programms in: Hennig, Eike/Kieserling, Manfred: Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik. Kassel 1990; Kieserling, Manfred: Faschisierung und gesellschaftlicher Wandel. Mikroanalyse eines nordhessischen Kreises 1928-1935 [d. h. Kreis Fritzlar]. Wiesbaden 1991.

läuft aber auf Vergemeinschaftungslogiken hinaus, die schwerlich auf die nationale Handlungsebene hin verallgemeinert werden können und die unverbunden neben anderen Mikromilieus und Regionen stehen. Die Unterscheidung in Mikro-, Meso- und Makromilieus³⁶ verschärfte eher das Problem, anstatt es zu lösen. Zudem blieb der Aufweis von Milieustrukturen in kleinräumigen Mikrostudien nur schwer unterscheidbar von Mentalitäten und Lebenswelten. Mikrountersuchungen stehen somit in der Gefahr, ehe dem Bekanntes oder Naheliegenderes nur in neuer Sprache zu artikulieren. Je höher der Milieubegriff indessen auf die nationale Ebene gezogen wurde, desto schwieriger wurde der Nachweis konsistenter Milieustrukturen. Die Orientierung von Milieustudien an lokalen Untersuchungsgegenständen und am lokalen Wahlverhalten bleibt indessen hinter Einsichten der historischen Wahlforschung zurück. Peter Steinbach konnte in Weiterführung der Ansätze von Stein Rokkan die Nationalisierung des Wahlverhaltens aufzeigen.³⁷ Steinbachs These der Fundamentalpolitisierung, die regionale Unterschiede im Wahlverhalten tendenziell abschliß, griff weniger auf den Wahlvorgang und die Wahlergebnisse, als vielmehr die Wahlprozesse, Wahlkampforganisation und Wahlkampfthematiken zurück und war damit in der Nähe der politischen Kulturforschung angesiedelt.³⁸ Ausgehend von dieser Nationalisierung der Wahlkultur könnte sich die weiterführende Fragestellung daher auf die inhaltliche Füllung dieser reichsweiten Wahlkultur richten. Hier kommen zumindest als Kandidaten die politischen Aktionsausschüsse der Sozialmilieus in Frage, die reichsweiten Parteien.

Um den Prozeß der Entlokalisierung und Nationalisierung der politischen Wahlkultur angemessen beschreiben zu können, empfiehlt sich daher eine Untersuchungsebene oberhalb der Mikroebene, die gleichwohl forschungspraktisch noch zu bewältigen ist. Die regionalen Bezugsgrößen der Milieuforschung sollten daher mit denjenigen der politischen Kulturforschung korrespondieren.³⁹ Die regionale, also bereits tendenziell überlokale politische Kulturforschung richtet sich nach Karl Rohe vorzugsweise auf

36 Zu dieser Begrifflichkeit vgl. die Einleitung zu Blaschke/Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich.

37 Vgl. Steinbach, Peter: Historische Wahlforschung und regionalspezifische Politikrezeption. Diskussionsbeitrag über einen Forschungsansatz. In: Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz. Hrsg. v. Otto Büsch. Berlin 1980, S. 23-39.

38 Vgl. Steinbach, Peter: Nationalisierung, soziale Differenzierung und Urbanisierung als Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens im Kaiserreich. In: Hist.Soc.Res. 15, 1990, S. 63-82; ders.: Wahlverhalten im Kaiserreich. Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten. In: Best (Hrsg.): Politik und Milieu, S. 19-33.

39 Vgl. Rohe, Karl: Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung? In: Oberndörfer/Schmitt (Hrsg.): Parteien, S. 17-37.

»Raumeinheiten, die über ein eigenes politisch-administratives System verfügen, oder aber historische Landschaften, die in der Vergangenheit spezifischen politischen und gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt waren.« Aus forschungspraktischen Überlegungen heraus bieten sich daher frühere selbständige Staaten⁴⁰, preußische Regierungsbezirke⁴¹, aber auch »wegen der spezifischen verfassungsrechtlichen und wahlrechtlichen Gegebenheiten des Kaiserreiches die Reichstagswahlkreise der Jahre 1867 (1871) – 1918«⁴² an.

Die Reichweite des Milieubegriffes

Unter den vier von Lepsius unterschiedenen Sozialmilieus zeichneten sich bald Schwerpunkte der Untersuchung, aber auch Schwächen in ihrer forschungspraktischen Implementierung ab. Es schien in der praktischen Anwendung dieses Ansatzes wesentlich leichter, ein katholisches und ein sozialdemokratisches Milieu nachzuweisen. Während zum katholischen und zum Arbeitermilieu eine Vielzahl von Studien vorgelegt wurden, blieben Studien zum städtisch-liberalen und besonders zum agrarisch-konservativen Milieu dagegen chronisch Mangelware. An die Stelle des Milieukonzeptes trat im Liberalismus die in den 1980er Jahren aufgeblühte Bürgertums- und Bürgerlichkeitsforschung, die die Sozialformation »Bürgertum« unter dem Gesichtspunkt kultureller Vergemeinschaftung bzw. das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung analysierte.⁴³ Die Ungleichgewichtigkeit zwischen den verschiedenen sozialmoralischen Formationen v.a. im Kaiserreich lag nicht zuletzt in der komplexen Binnenstruktur des liberalen protestantischen Bürgertums begründet, das unter den drei modalistischen Facet-

ten »Bildungsbürgertum«⁴⁴, »politischer Liberalismus«⁴⁵ und »Kulturprotestantismus«⁴⁶ jeweils eigenständige historische Analysen fand. Für den Kulturprotestantismus wurde zudem noch der aus der niederländischen politischen Sozialgeschichte übernommene Begriff der »versäulten Gesellschaft« angewandt, der eine noch stärkere Separierung der Teilkulturen zum Ausdruck bringt als der Milieubegriff.⁴⁷

Der asymmetrische Gebrauch des Milieubegriffes v.a. für die Mustermilieus Katholizismus und Arbeiterbewegung und das Zurücktreten der Milieuperspektive in den Forschungen zum Liberalismus und zum Konservatismus legen indessen den Verdacht nahe, daß der Milieubegriff eine eher überflüssige Konzeption sein könnte, wird doch allzu oft etwas ehemals Bekanntes nur in neuer Begrifflichkeit ausgedrückt und unterbleibt seine Anwendung dort, wo sich dazu keine direkten Parallelen finden. Um aber den inneren Zusammenhalt des Liberalismus zu begründen, halten verschiedene Autoren dennoch am Milieubegriff fest.⁴⁸ Es finden sich eine Reihe von Indizien, die ganz augenscheinlich auf Milieustrukturen der Verquickung von Lebenswelt, Organisations- und politischem Verhalten hindeuten. So erreichte etwa das liberale Milieu ähnlich den katholischen Gesellenhäusern und den sozialdemokratischen Gewerkschaftshäusern seine höchste Verdichtung und quasi-offizielle Versinnbildlichung in eigenen Häusern, wie den Museumsgesellschaften. Auch der Niedergang des politischen Liberalismus ging mit einer Erosion der Museumsgesellschaften einher.⁴⁹ Gleichzeitig stellte lange Zeit der Verein, das Kennzeichen kommunikativer Verdichtung schlechthin, ein

40 Wie etwa Lippe. Vgl. Steinbach, Peter: Die Zähmung des politischen Massenmarktes, 3 Bde. Passau 1990; ders.: Industrialisierung und Sozialsystem im Fürstentum Lippe. Zum Verhältnis von Gesellschaftsstruktur und Sozialverhalten einer verspätet industrialisierten Region im 19. Jahrhundert. Mit einem statistischen Anhang. Berlin 1976.

41 Wie etwa die Regierungsbezirke Aachen oder Kassel. Vgl. Plum, Günter: Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928-1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirkes Aachen. Stuttgart 1972; Weichlein: Sozialmilieus.

42 Rohe: Regionale (politische) Kultur, S. 21. Ein Beispiel hierfür ist der Reichstagswahlkreis Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus. Vgl. Liebert, Bernd: Politische Wahlen in Wiesbaden im Kaiserreich (1867-1918). Wiesbaden 1988. Vgl. auch Böck, Adolf: Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise. Eine politisch-statistische Studie. Memmingen 1911.

43 Vgl. Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. 3 Bde. Hrsg. v. Jürgen Kocka. München 1988; Bürgertum und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Hrsg. v. dems. Göttingen 1987; Lepsius, M. Rainer: Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit. In: ebd.: S. 79-100; ders.: Das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung. In: ders.: Demokratie in Deutschland, S. 303-314.

44 Vgl. Engelhardt, Ulrich: Bildungsbürgertum. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts. Stuttgart 1986.

45 Vgl. hierzu Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988.

46 Vgl. Hübinger, Gangolf: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland. Tübingen 1994.

47 Vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus, S. 303ff. Zum Konzept der »versäulten Gesellschaft« vgl. Lijphart, Arend: The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands. Berkeley 1968.

48 Vgl. etwa Langewiesche: Liberalismus.

49 Zur Marburger Museumsgesellschaft vgl. vom Brocke, Bernhard: Marburg im Kaiserreich 1866-1918. Geschichte und Gesellschaft, Parteien und Wahlen einer Universitätsstadt im wirtschaftlichen und sozialen Wandel der industriellen Revolution. In: Marburger Geschichte. Hrsg. v. Erhard Dettmering u. Rudolf Grenz. Marburg 1980, S. 367-540, hier: S. 525-528. Die Marburger »Museumsgesellschaft« fand eine literarische Schilderung in: Bloem, Walter: Der krasse Fuchs. Berlin 1910, S. 73ff. Vgl. dazu die Analyse von Elias, Norbert: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Michael Schröter. Frankfurt a.M. 1989, S. 64f., sowie Koshar, Rudy: Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg, 1880-1935. Chapel Hill and London 1986, S. 93, 101f., 119.

Charakteristikum des liberalen Bürgertums dar. Auch Ansätze zu einer protestantischen Sozialmoral lassen sich erkennen.⁵⁰

Der Grund, warum viele Autoren vor der Verwendung des Milieubegriffes im bürgerlichen Liberalismus zurückschrecken, liegt in der ständig prekären Verbindung des liberalen Vereinsmilieus mit der Politik. Nicht das Fehlen der milieukonstitutiven Dimensionen Lebenswelt, Vereinskultur und eines politischen Aktionsausschusses machte die Anwendung des Milieubegriffes auf den Liberalismus und die Konservativen so schwierig, sondern die sich ständig ändernde Transmission in die Politik bzw. Schwankungen des Liberalismus und der Konservativen bei den politischen Wahlen. Der Unterschied zum Katholizismus und zur Arbeiterbewegung lag somit vor allem in der mangelnden Persistenz einer verbindlichen politischen Vertretung des liberalen Bürgertums, nicht aber in seiner gänzlichen Abwesenheit. Karl-Heinz Naßmacher vertrat anhand einer Untersuchung über die Bauern- und Bürgerparteien des Oldenburger Landes die These, daß sich ein liberales Milieu bis in die 1950er Jahre erhalten habe – freilich unter mehrfachem Wechsel seines politischen Aktionsausschusses.⁵¹ Diese Zuordnung mehrerer abwechselnder politischer Aktionsausschüsse bei fortbestehendem liberalem Vereinsleben erlaubte es Naßmacher, von einem liberalen Milieu zu sprechen. Die demokratiegeschichtliche Anwendung des Milieubegriffes auf den Liberalismus und die Konservativen legt es daher nahe, diesen zumindest als Idealtypus beizubehalten und fruchtbar zu machen. In der Sache treten dann eher die Probleme der Erosion bzw. der scheiternden Übersetzung liberaler Weltanschauung und protestantischer Sozialmoral in die Politik in den Mittelpunkt. Der Idealtyp »Sozialmilieu« stellt nicht nur eine mögliche innerprotestantische Vergleichsperspektive dar, er eignet sich auch zur Analyse der Rolle des Liberalismus und der Konservativen im deutschen Demokratisierungsprozeß und zu ihrer Einbettung ins Parteiensystem. Vor allem aber lassen die Kategorien des Milieubegriffes die Erosion des Liberalismus und – später – des Konservatismus schärfer hervortreten, als dies reine wahlgeschichtliche Analysen vermögen.

Gerade das idealtypische Verständnis reichsweiter Sozialmilieus ist geeignet, das objektivistische und essentialistische Mißverständnis von Milieus überhaupt – auch im Katholizismus und der Sozialdemokratie – zu vermeiden. Als Webersche Lösung auf die Objektivitätsproblematik in den Sozial-

wissenschaften entwickelt, versucht der Idealtyp keinen falschen Objektivismus vorzuspiegeln, sondern konzentriert sich auf die kausale Analyse eines Sachzusammenhanges. Es spricht nicht gegen diesen Idealtyp eines reichsweiten Sozialmilieus, daß er sich nicht in jeder Hinsicht auf der nationalen Ebene verifizieren läßt. Die Konstruktionslogik »reichsweites Sozialmilieu« in der Fassung von M. Rainer Lepsius ist jedoch so beschaffen, daß sie eine Antwort auf die Zurechnungsproblematik für den scheiternden Demokratisierungsprozeß bis 1933 erlaubt. Der Idealtyp von reichsweiten Sozialmilieus enthält als Kern seiner Konstruktionslogik den Zusammenhang von Milieudichte (»Maß an Koinzidenz«) und politischer Ethik.⁵² Er vermeidet die Ja/Nein-Alternative der Existenz oder Nichtexistenz von Milieus in der Forschung und erlaubt graduelle Annäherungen an die Meßlatte »Sozialmilieu« im Vergleich der verschiedenen sozialmoralischen Gesinnungsgemeinschaften. Erst die idealtypische Konstruktionslogik⁵³ der Steigerung der Merkmalskomplexe »Homogenität der Lebenswelt und Sozialmoral«, »kommunikative Verdichtung in Vereinen und Verbänden« und »politische Mobilisierung bzw. politischer Aktionsausschuß« erreicht für alle (Sozial-) Milieus eine angemessene Komplexitätsebene einer Ursachenanalyse scheiternder Demokratisierung. Er leistet dies treffender und auf einer höheren Ebene, als sie der Moselwinzer des Jahres 1909 wählte, der noch den örtlichen Klerus verantwortlich machen wollte.

50 Vgl. hierzu Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1990, S. 486-495; Hübinger: Kulturprotestantismus, S. 233-250.

51 Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz: Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen. Opladen 1989.

52 Vgl. Simon: Politische Ethik.

53 Zur idealtypischen Konstruktionslogik vgl. Weber, Max: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: ders.: Gesammelte Schriften zur Wissenschaftslehre. Hrsg. v. Johannes Winckelmann. Tübingen 1988, S. 146-214, hier: S. 190ff.